

Bündnisse: Der Chef der Linkspartei im Interview mit dem Abendblatt

"Die SPD kann morgen mit uns regieren"

Oskar Lafontaine nennt Bedingungen für Rot-Rot im Bund - und steht weiter zu Peter Sodann.

Von Jochen Gaugele und Barbara Möller

Hamburg/Berlin - Hamburger Abendblatt:

Herr Lafontaine, kein Politiker in Deutschland ist beliebter als Horst Köhler. Warum wollen Sie verhindern, dass er Bundespräsident bleibt?

Oskar Lafontaine:

Der Bundespräsident hat die Macht des Wortes. Er beeinflusst die öffentliche Meinung. Wir unterscheiden uns vom Bundespräsidenten in unserer Haltung zu den völkerrechtswidrigen Kriegen in Afghanistan und im Irak sowie zum Sozialabbau in Deutschland.

Abendblatt:

Der Haltung des Bundespräsidenten in der Finanzkrise müssten Sie etwas abgewinnen können. Immerhin hat er die Finanzmärkte als "Monster" bezeichnet.

Lafontaine:

Das war eine wichtige Kritik am Treiben auf den internationalen Finanzmärkten. Entscheidender ist aber, die notwendigen Strukturveränderungen durchzuführen, die in Zukunft eine solche Finanzkrise verhindern. Dafür brauchen wir eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen. Da kommt vom Bundespräsidenten wenig.



Oskar Lafontaine gibt Peter Sodann Rückendeckung. Foto: AP

[Mehr zum Artikel](#)

Kommentieren: Hier ist der Platz für Ihre Meinung

Abendblatt:

Der Kandidat der Linkspartei, der frühere TV-Kommissar Peter Sodann, hat eine ganz eigene Antwort auf die Finanzkrise gegeben: Er würde den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Josef Ackermann, verhaften lassen. Was sagt das über seine Qualifikation für das Amt des Bundespräsidenten?

Lafontaine:

Peter Sodann ist mit Leib und Seele Schauspieler, Kabarettist und Regisseur, er schaut dem Volk aufs Maul. Das Volk versteht nicht, dass diejenigen, die für 50 Euro etwas klauen, bestraft werden und diejenigen, die dem Volk Milliarden klauen, nicht bestraft werden.

Abendblatt:

Bei Herrn Sodann müssten sich die Bürger also immer fragen: Spricht gerade der Kabarettist, oder spricht der Bundespräsident?

Lafontaine:

Peter Sodann hat eine andere Sprache als die Sprache der politischen Korrektheit. Viele Menschen finden seine Einlassungen erfrischend. Es gibt keinen Nachholbedarf in Deutschland, sich politisch korrekt und blutleer auszudrücken.

Abendblatt:

Sodann sagt auch, er hoffe auf eine Wiederholung des sozialistischen Experiments. Sind Sie da einer Meinung?

Lafontaine:

Die Linke ist für die Errichtung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. Sie teilt diese Auffassung mit der CDU nach dem Kriege, die sich zum christlichen Sozialismus bekannte. Leider haben Merkel und ihre Parteifreunde das vergessen.

Abendblatt:

Sie bedauern, dass sich die Bundeskanzlerin anders als Ihr Bundespräsidentenkandidat nicht die DDR zurückwünscht?

Lafontaine:

Unser Kandidat wünscht die DDR nicht zurück. Im Gegensatz zu Frau Merkel, die als FDJ-Funktionärin und Jungkommunistin zur Kampfreserve der Partei gehörte, war Peter Sodann in der DDR im Gefängnis. Die Versuche, ihm nachzusagen, er wolle die DDR wiederhaben, sind unfair und unanständig.

Abendblatt:

Sie lenken von Ihrem Kandidaten ab. Reden Sie nicht so gern über Herrn Sodann?

Lafontaine:

Ich rede gern über Peter Sodann, aber auch gern über die Kanzlerin.

Abendblatt:

Herr Lafontaine, wenn Sie Bundesfinanzminister wären - was würden Sie anders machen als Peer Steinbrück?

Lafontaine:

Ich würde mich auf internationaler Ebene für drei Kernforderungen einsetzen, die ich schon als Finanzminister erhoben habe. Erstens: Stabilisierung der Wechselkurse, um Währungsspekulationen weitgehend auszuschalten. Zweitens: Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs, um Brandschneisen zu haben gegen die sich ausbreitende Finanzkrise. Und drittens:

Austrocknung der Steueroasen, um zu verhindern, dass Fluchtgelder weltweit die Finanzmärkte in Unordnung bringen. Darüber hinaus brauchen wir ein Konjunkturprogramm im Umfang von 50 Milliarden Euro.

Abendblatt:

Woher soll dafür eigentlich das Geld kommen?

Lafontaine:

Man kann für Investitionen immer Kredite aufnehmen. Und bei Konsumausgaben kann man über Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer und Börsenumsatzsteuer die notwendigen Einnahmen darstellen.

Abendblatt:

Also mehr Schulden und höhere Steuern. Wofür genau?

Lafontaine:

Wir wollen die Steuern für mittlere Einkommen und kleine Betriebe senken und die kalte Progression abschaffen. Wir wollen Schulden abbauen, indem wir zum Beispiel die Auslandseinsätze der Bundeswehr streichen. Um die Nachfrage zu stärken, müssen wir die Hartz-IV-Sätze auf 435 Euro und die Renten um vier Prozent anheben, außerdem wie in Frankreich einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,71 Euro einführen. Und wir brauchen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur.

Abendblatt:

Die Große Koalition denkt an Konsumgutscheine.

Lafontaine:

Konsumgutscheine sind die zweite Wahl. Wenn man zu lange darüber redet, hören die Leute erst einmal auf zu kaufen und warten ab, bis es diese Scheine gibt. Man müsste sie also schnell einführen. Außerdem brauchen wir Einkommensgrenzen. Konsumgutscheine für gut verdienende Journalisten, Abgeordnete und Minister wären ein Treppenwitz.

Abendblatt:

Herr Lafontaine, Sie wollen nächstes Jahr wieder Ministerpräsident des Saarlands werden. Glauben Sie, das klappt?

Lafontaine:

Wir sind bereit, an der Saar mit der SPD zusammenzuarbeiten. Unsere Programme stimmen weitgehend überein. Dabei muss klar sein: Wer die meisten Stimmen hat, stellt den Ministerpräsidenten. Mancher Nachwuchspolitiker der SPD tut sich derzeit allerdings noch schwer, diese parlamentarischen Spielregeln zu akzeptieren.

Abendblatt:

Der Nachwuchspolitiker ist Ihr politischer Ziehsohn Heiko Maas. Wären Sie umgekehrt bereit, Minister in einem Kabinett Maas zu werden?

Lafontaine:

Es ist nicht klug, wenn ein ehemaliger Ministerpräsident in eine Regierung eintritt, die von seinem ehemaligen Staatssekretär geführt wird.

Abendblatt:

Welche Perspektiven haben Sie denn in Berlin? Können Sie sich vorstellen, Finanzminister in einem Kabinett Steinmeier zu werden?

Lafontaine:

Mein Ziel ist es, die Politik zu verändern. Einen höheren Anspruch habe ich nicht.

Abendblatt:

Politik verändert man vor allem, wenn man regiert.

Lafontaine:

Die Linke verändert derzeit nach allgemeinem Urteil die deutsche Politik, obwohl sie nicht an der Regierung ist.

Abendblatt:

Als Nächstes erheben Sie die Opposition zum Idealzustand.

Lafontaine:

Das ist kein Idealzustand. Die Frage, ob man sich an der Regierung beteiligt oder nicht beteiligt, richtet sich nach den konkreten Umständen und nach den Ergebnissen, die man erreichen kann.

Abendblatt:

Wann regiert die Linke im Bund mit der SPD?

Lafontaine:

Die SPD kann morgen mit uns regieren und den SPD Kanzler stellen, wenn sie die deutschen Truppen aus Afghanistan zurückzieht, die Zerstörung der Rentenformel zurücknimmt und Hartz IV abschafft. Unsere Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns haben die Sozialdemokraten mittlerweile übernommen.

Abendblatt:

Seit Gründung der Linkspartei beschleunigt sich der Niedergang der SPD. Empfinden Sie zuweilen Mitleid mit der Partei, deren Vorsitzender Sie einmal waren?

Lafontaine:

Die Linkspartei ist nicht der Grund, warum die SPD Wähler und Mitglieder verliert. Der Prozess setzte viel früher ein. Die falsche Politik der Regierung Schröder führte zu dramatischen Mitgliederverlusten und Wahlniederlagen. Die Gründung der Linkspartei war eine Reaktion auf diese Entwicklung.

Abendblatt:

Umfragen zufolge sagen vier von zehn Deutschen: Lafontaine ist ein gefährlicher Mann. Schmeichelt Ihnen das?

Lafontaine:

Ich freue mich, dass sechs von zehn Deutschen das nicht so sehen.
erschieden am 5. Dezember 2008